



Mit den Straßenblockaden - hier etwa in Bayern - sorgen die Aktivisten der Letzten Generation deutschlandweit für Aufsehen. Dabei gewährleistet wird Gewaltfreiheit und der Durchgang von Rettungsfahrzeugen.

Foto: Matthias Balk/dpa

Nur noch kurz die Welt retten - aber wie?
Klimaaktivist aus Ludwigsburg steht wegen Blockaden vor Gericht

„Klimaprotest muss stören“

LUDWIGSBURG

VON JULE DIEHL

Ruhig sitzt er da, konzentriert, und wirkt nicht, als würde er Hauptstraßen im Berufsverkehr blockieren: Markus Ott, Student aus Ludwigsburg und Teil der „Letzten Generation“, muss sich vor dem Stuttgarter Amtsgericht wegen mehrerer Blockaden in der Landeshauptstadt verantworten. Der Vorwurf: Nötigung und Widerstand gegen die Polizei. Was bewegt einen jungen Klimaaktivisten dazu, sich auf die Straße zu kleben?

„Ich habe eigentlich keine Lust, Straßen zu blockieren“, sagt er vor Gericht. Auch hätte er gerade Besseres zu tun, als im Gerichtssaal zu sitzen. Studieren zum Beispiel. Und doch geht es ihm darum, „zu zeigen, dass die Aktionen zur Ab-

wendung der Klimakrise gerechtfertigt sind und die Menschen nicht strafbar gehandelt haben“. Allein, dass die sechs geladenen Zeugen alle Polizisten sind, ist für Ott ein Zeichen dafür, dass der Fokus falsch gelegt ist. Stattdessen sollte man sich auf wirklich entscheidende Fragen dieser Zeit konzentrieren. „Ich stehe zu dem, was ich getan habe, und ich bin überzeugt, dass es richtig war. Mein Gewissen verpflichtet mich dazu“, bekennt er.

Es sei richtig, „unsere Gesellschaft in Aufruhr zu versetzen, wenn wir dabei sind, den Planeten unbewohnbar zu machen“, so der Ludwigsburger. „Protest muss stören, um gehört zu werden, weil jede Art des Protests, die ignoriert werden kann, auch ignoriert wird.“ Der Student handelt nicht aus kitschiger Träumerei, nicht



Das Thema
des Tages

Letzte Generation
Was treibt die
Klimaaktivisten an?

• **Aktivisten im Gespräch**
Markus Ott und Benjamin Fink über Klimaschutz, zivilen Widerstand und Gerichtstermine.

• **Stimmen der Politik**
Politiker über Radikalisierung, Protest und rechtliche Konsequenzen

aus Sorge um Eisbären und Korallenriffe. Klimaschutz sei für ihn die Umsetzung des geltenden Rechts, sagt Ott und verweist auf das Pariser Abkommen. Für ihn ist der deutsche Klimaschutz aber unzureichend und verfassungswidrig. Markus Ott klebt sich auf die Straße, weil er seinem Gewissen folgt. Er will nicht abwarten, bis die Polkappen schmelzen. „Das Klima wartet nicht, bis ich mit meinem Studium fertig bin“, ist der 29-Jährige sich sicher. Entscheidend seien die nächsten zwei bis drei Jahre, so der Student, der viel Zeit und Energie in den Aktivismus investiert. Er will diese Zeit nutzen, um die „Klimahölle“ abzuwenden, wie UN-Generalsekretär Antonio

Guterres die drohende Entwicklung nennt.

Ziel der Störaktionen sei es, ein Umdenken in die Wege zu leiten. Die Klimakrise müsse endlich in der Gesellschaft und in der Politik als das ankommen, was sie ist: ein Notfall. Und wie in einem Notfall müsse auch gehandelt werden. „Wir sind die letzte Generation, die noch Einfluss auf den Verlauf der Klimakrise nehmen kann, doch das Zeitfenster schließt sich rasant“, sagt er am Rande des Verfahrens. Die Bundesregierung unternehme nicht genug, um die Klimakatastrophe aufzuhalten. „Ohne friedlichen zivilen Widerstand werden wir es nicht schaffen, den nötigen Wandel rechtzeitig einzuleiten.“

„Das Klima wartet nicht, bis ich mit dem Studium fertig bin.“
Markus Ott
Klimaaktivist

Am Ende wird Ott zu 60 Tagesstrafen wegen versuchter Nötigung verurteilt. Das Stuttgarter Amtsgericht bleibt damit hinter den Forderungen der Staatsanwaltschaft zurück, die in den Klebeaktionen „Nötigung“ gesehen hatte.

Ott will auch nach der Verurteilung weitermachen, weil er seinem Gewissen folge. Strafen, die ihn erwarten können, seien zu dem, was bevorsteht, unerheblich. Seine Angst vor Naturkatastrophen, Kriegen, Untergang der Rechtsstaatlichkeit ist größer als jede Haft- oder Geldstrafe.

INFO: Markus Ott hält am 19. Dezember um 19 Uhr in der Ludwigsburger Filmakademie einen Vortrag zu den Aktionen der Klimaaktivisten. Treffpunkt ist das Zelt auf dem Hof der Filmakademie (Akademiehof 10).

Ein Ludwigsburger ist Gesicht des Protests

Er blockiert Straßen oder den Flughafen, beschmiert Parteizentralen mit Farbe und wirft Kartoffelbrei auf Gemälde: Benjamin Fink ist bei Aktionen der Letzten Generation kein Unbekannter. Mit uns spricht der gebürtige Ludwigsburger darüber, warum er für das Klima bis zum Äußersten geht.

VON CAROLIN SCHNEIDER

„Mir macht das ja auch keinen Spaß“, sagt Benjamin Fink über die Aktionen der Letzten Generation, bei denen er in den vergangenen Monaten mitgemacht hat. Das Bündnis macht seit einem Jahr mit umstrittenen Aktionen auf den Klimawandel aufmerksam. Die Aktivisten kleben sich zum Beispiel auf Straßen fest, um diese zu blockieren. „Niemand konnte mir eine bessere Möglichkeit aufzeigen, den Klimawandel aufzuhalten, deshalb begehe ich die Straftaten“, sagt Benjamin Fink, als wir ihn am Telefon in Berlin erwischen. Er war unter anderem Teil von mehr als 20 Straßenblockaden, beschmierte die Parteizentralen von Grünen, SPD und FDP mit Farbe, legte den Berliner Flughafen lahm und warf in Potsdam Kartoffelbrei auf ein Gemälde von Monet.

Nötigung, Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch. Der 25-Jährige weiß genau, was hinter den Aktionen steckt und dass er sich damit strafbar macht. Trotzdem tut er es immer wieder. „Die Situation“, sagt er und meint den Klimawandel, „ist so krass und

wird so stark verdrängt, dass ich das tun muss.“

Bisher ist Benjamin Fink noch nicht vor Gericht gestellt worden. Dass das aber nur noch eine Frage der Zeit ist, ist ihm bewusst. Nicht selten verbringt er die Nacht nach einer Aktion im Gefängnis. Nachdem er Ende November den Berliner Flughafen blockierte, kam er zwei Tage in Präventivhaft. „Das ist psychisch sehr belastend“, sagt er. In diesen Nächten habe er viel Zeit, um nachzudenken. Der Gedanke, mit den Aktionen aufzuhören, kommt ihm aber nicht.

Der 25-Jährige, der bis zu seinem dritten Lebensjahr in Ludwigsburg gelebt hat, hat sich mittlerweile ganz den Aktionen der Letzten Generation gewidmet. Bis 2020 studierte er, machte dann ein Freiwilligenjahr. Ende 2021, als sich die Letzte Generation gründete, schloss er sich dem Bündnis an. Bis vor kurzem jobbte er noch, inzwischen lebt er nach eigenen Angaben von Erspartem.

Blockaden gehen nicht gegen Autofahrer

„Wir müssen stören, müssen den Alltag unterbrechen“, beschreibt er die Idee hinter den Aktionen. Sich vor den Bundestag zu setzen, das würde nicht ausreichend Aufmerksamkeit schaffen. Für die Straßenblockaden habe sich das Bündnis entschieden, um viele Menschen auf den Klimawandel aufmerksam zu machen. Sie seien nicht gegen den einzelnen Autofahrer gerichtet. Das Ziel sei, die Regierung unter Druck zu setzen, damit sie handelt. Zwei Forderungen hat die Letzte Generation: ein Tempolimit auf den Autobahnen und ein deutschlandweites Neun-Euro-Ti-



Benjamin Fink vor dem mit Kartoffelbrei beworfenen Gemälde in Potsdam.

Foto: privat

cket für den ÖPNV. Damit sei der Klimawandel zwar nicht behoben, aber es sei ein Anfang, so Benjamin Fink.

„Wir machen so lange weiter, bis die Regierung reagiert oder wir alle verhaftet sind“, sagt er. Es würde schon reichen, wenn sich die Regierung bereiterklärt, sich mit ihnen an einen Tisch zu setzen und zu reden. Aber bisher sei das noch nicht passiert. „Wir fordern einfach nur, dass die Regierung ihren Job macht“, sagt Benjamin Fink. Das passiere aktuell nicht. „Deutschland verfehlt die Ziele des Pariser Klimaabkommens.“ Das zentrale Ziel dieses Abkommens ist es, den Temperaturanstieg in diesem Jahrhundert auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen.

„Die Aktionen werden immer gefährlicher“

VON STEPHAN WOLF

Die Klimaaktivisten stoßen mit ihren Aktionen auch auf sehr viel Ablehnung. Klima-Kleber verfehlten mit Störaktionen wie am Flughafen BER nach Ansicht von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ihr Ziel. „Ich kann diese Aktionen nicht nachvollziehen, sie sind nicht nur nicht verständlich, sondern auch hochgefährlich“, sagte Scholz unlängst. Er habe auch nicht verstanden, was es dem Klima nutze, wenn man Kunstwerke beschmiert. „Insofern sollten sich die Beteiligten andere Aktivitäten überlegen als solche, die von fast niemandem in Deutschland akzeptiert werden.“

Noch schärfer geht die CDU mit Klimaklebern ins Gericht. „Das sind keine Klimaaktivisten, das sind kriminelle Straftäter“, so der CDU-Bundesvorsitzende Friedrich Merz.

So sehen es auch seine Parteifreunde im Kreis Ludwigsburg. „Technologien und Innovationen sind der Schlüssel für Klimaschutz und gerade viele junge Menschen arbeiten in Start-ups oder Forschungseinrichtungen an solchen Lösungen“, meint der stellvertretende Fraktionsvorsit-

zende der Union im Bundestag, Steffen Bilger. „Die jüngsten Aktionen der Klimakleber auf Flughäfen weisen auf eine beunruhigende Tendenz hin: Immer mehr wird um Aufmerksamkeit gebuhlt, es gibt kein Innehalten nach den Vorfällen, bei denen Menschen aufgrund der Aktionen zu spät notfallmedizinisch versorgt werden konnten, die Aktionen werden immer gefährlicher“, findet der Ludwigsburger Abgeordnete. „Diese Rücksichtslosigkeit schockiert mich. Klares Durchgreifen der Behörden ist deshalb gefragt, auch um eine weitere Radikalisierung zu unterbinden“, fordert Bilger. Die Klimakleber erwiesen den Anliegen des Klimaschutzes einen Bärendienst.

In dieselbe Kerbe schlägt Fabian Gramling. „Kilometerlange Staus, Störungen im Flugverkehr und Sachbeschädigungen an bedeutenden Kulturgütern haben für mich nichts mit friedlichem Protest zu tun, sondern müssen rechtliche Konsequenzen haben“, so der CDU-Abgeordnete aus Neckar-Zaber. „Meinungsfreiheit ja – aber bitte auf dem Fundament unseres Rechtsstaats und nicht mit der klebenden Hand auf der Straße.“